

# AfA Infobrief

aus den AfA-Kreisverbänden/Unterbezirken  
und den AfA Betriebsgruppen

Nr. 0; Juni 2018



*Liebe Genossinnen, liebe Genossen,*

viel ist von Erneuerung der SPD die Rede, Diskussionsforen werden eingerichtet.

Viele AfA-GenossInnen und Gremien sehen in einer „Erneuerung“ die Herausforderung, gemeinsam mit Kolleg\*innen aus den Gewerkschaften und Belegschaften Initiativen für eine konsequente Umsetzung einer Politik im Interesse der ArbeitnehmerInnen zu ergreifen:

- gegen prekäre Arbeit – für die Verteidigung und Wiederherstellung Flächentarifverträge, garantiert durch die Gewerkschaften;
- gegen Entlassungen – für die Verteidigung der Arbeitsplätze;
- für Abschaffung von Hartz IV – für die Verteidigung und Wiederherstellung unserer sozialen Sicherungssysteme;
- gegen das Kaputtsparen – für die Verteidigung und Wiederherstellung der öffentlichen Daseinsvorsorge

Bisher sehen wir uns nur alle zwei Jahre auf der AfA-Bundeskonzferenz, erfahren aber sonst nicht, was vor Ort in den verschiedenen Städten, in den AfA Unterbezirken, Kreisverbänden und Betriebsgruppen passiert. Dabei machen wir alle Erfahrungen, die wir austauschen sollten. Eine gegenseitige Information würde uns auch ermöglichen, uns gegebenenfalls gegenseitig zu unterstützen.

Auf der AfA-Bundeskonzferenz 2016 wurde der Vorschlag für einen AfA-Infobrief verabschiedet.

Auf der AfA-Bundeskonzferenz 2018 haben wir die Initiative ergriffen, um den Vorschlag zu praktizieren. Bei zahlreichen Delegierten ist diese Initiative auf ein positives Echo gestoßen.

**Wie können wir diesen Austausch organisieren?**

Wir wollen einen Infobrief zusammenstellen. D.h. Ihr sendet uns Beiträge zu, die wir formlos in einem Infobrief zusammenfassen werden.

Seid Ihr interessiert? Dann gebt uns Eure Mailadresse. Oder schickt sie an: [afainfo@t-online.de](mailto:afainfo@t-online.de)



Mit diesem ersten Vorschlag wollen wir in einem ersten praktischen Schritt aufzeigen, wie wir uns einen solchen Infobrief vorstellen.

Dabei stützen wir uns erst einmal weitgehend beispielhaft auf Beiträge aus Berlin

Wir freuen uns auf Eure Beiträge für die nächste Ausgabe.

Mit herzlichen Grüßen

*Daniel Schwanz*, Schriftführer AfA-Landesvorstand Berlin;

*Sven Meyer*, Vorsitzender der AfA-Berlin-Reinickendorf;

*Gotthard Krupp*, Vorsitzender der AfA Berlin Charlottenburg-Wilmersdorf

Wir sind interessiert mitzumachen:

Kontakt: Name

Gliederung:

E-Mail:

Bitte Einsenden an

[afainfo@t-online.de](mailto:afainfo@t-online.de)

Beiträge an die gleiche Adresse

## Gedanken zum Tag der Arbeit und Guter Arbeit – 1. Mai 2018

Das erste, was auffiel, war die Leere auf der Bühne vor dem Brandenburger Tor. Nach den letzten Jahren, wo hinter dem Redner eine wahre Flut von Transparenten mit konkreten gewerkschaftspolitischen Forderungen in die Höhe gehalten wurden, waren dieses Mal kleine Werbetäfelchen der acht Mitglieds-gewerkschaften zu sehen.



Statt Forderungen nach „Guter Arbeit“ und Rückführung

der landeseigenen Töchter, nach einem Ende von tariffreien Zonen im öffentlichen Dienst und ein Ende des staatlich organisierten Lohndumpings, gab es nun Sprüche, wie „Ohne Dich, kein Wir“.

Ist dies ein Zeichen für die politische Sprachlosigkeit des DGB's? Das Motto: Solidarität. Vielfalt. Gerechtigkeit, bestätigte sich von den gewerkschaftlichen und politischen Verantwortlichen nicht.

Der Eindruck durch die Rede des neu gewählten Landesbezirksvorsitzenden Christian Hossbach: Statt grundlegender Forderungen und eine klare Haltung gegenüber der Landes- wie Bundesregierung, versöhnliche bis freundschaftliche Worte. Nach einer Kritik an die Bundes-CDU wegen ihrer Weigerung einer Erleichterung von allgemeinverbindlich erklärten Tarifverträge zuzustimmen, wurde der Berliner Senat für seine Investitionspolitik nach Jahren des Sparens gelobt, wie auch die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung im öffentlichen Dienst, ohne die Ausnahmen zu erwähnen. Hossbach: „Berlin muss sich jeder leisten können der hier lebt!“ und konkretisierte lauwarm, dass bei der Ausschreibung von S-Bahnstrecken auch auf die Arbeitsbedingungen geachtet werden soll.

Zudem darf bei der Schulsanierung nicht auf unzählige Subunternehmer zurückgegriffen werden. Wer mehr erwartete wurde schwer enttäuscht. Keine Mahnungen der S-Bahnausschreibungen und der damit einhergehenden weiteren Privatisierung der öffentlichen Daseinsfürsorge! Keine Kritik an der schleichenden Privatisierung des Schulbaues! Kein Wort zu den Konflikten bei Vivantes und der Charité.

Kein Wort zur Fiskalpolitik, der schwarzen Null, die letztlich den Handlungsrahmen bestimmt und die Politik zu Privatisierungen und Schattenhaushalte scheinbar zwingt. Nichts!

Stattdessen durfte im Anschluss der Regierende selber, Michael Müller, sprechen: „Wir müssen uns gemeinsam engagieren für eine solidarische Arbeitswelt“. Er versuchte werbewirksam seine (wenigen)



Erfolge herausstellen, Erwähnung von hohen öffentlichen Investitionen, Rückkauf der Wasserbetriebe und CFM, und auf die Privatwirtschaft zu motzen.

So wurde die Firmenpolitik von Siemens scharf kritisiert: Hohe Gewinne kombiniert mit Fabrikschließungen. Die Konflikte in den eigenen Betrieben wurde, wenn überhaupt, nur kurz und knapp erwähnt (beispielsweise Vivantes, Feuerwehr, Charité).

Man konnte sich nicht des Eindrucks verwehren, dass Michael Müller etwas ungehalten war, wenn während seiner Lobpreisungen immer wieder laut-



Zur Erinnerung, die Bühne am 1. Mai 2017



stark „Berlin brennt“ gerufen wurde. Zwar durften die Zuhörer erfahren, „er habe mit den Feuerwehrleuten gesprochen“. Interessierte wussten jedoch dass es erst nach über 5 Wochen geschah. Vielleicht auch nur deshalb, damit die Bau-



maßnahmen vor dem Roten Rathaus endlich wieder aufgenommen werden konnten.

(Dafür musste die Mahnwache der Feuerwehrleute vor dem Rathaus verschwinden (die. Red.))

Es ist schade, statt den 1. Mai für klare politische Forderungen zu nutzen, kam es einem zum Teil wie ein Schulterchluss vor. Dieser Schulterchluss hilft aber weder der abstürzenden SPD, den unter Mitgliederschwund leidenden Gewerkschaften, noch den ArbeitnehmerInnen!

### 1. Mai geht anders!

Prekäre Arbeitsformen gewinnen ihren Raum, sozialpartnerschaftlich und wohlfahrtstaatlich gesicherte Zonen der Arbeit schrumpfen auf ein unerträgliches Maß. Die Befristung von Arbeitsverträgen ist ebenso Normalität wie die Tatsache der Zunahme von Mehrfachbeschäftigung. Es sind gerade nunmehr die Fachkräfte in Industrie, Handwerk, sowie die Dienstleistungsbeschäftigten in der öffentlichen und privaten Wirtschaft, die sich in besonderer Art und Weise mit neuen sozialen, beruflichen, wirtschaftlichen und zukunftsbezogenen Besorgnissen konfrontiert sehen...und dann soll sich Berlin jeder leisten können!

### Junge AfA-Berlin

## Junge AfA diskutiert zum Wert der Arbeit in Zeiten der Digitalisierung



„Es wird immer schwieriger, den Wert der Arbeit mitzubestimmen“ – das Mitglied im Bundesvorstand der IG Metall und SPD-Mitglied Ralf Kutzner verwies bereits zu Beginn der Diskussionsveranstaltung der Jungen AfA am 15. Mai auf die wachsenden Herausforderungen für die Gewerkschaften und Arbeitnehmervertretungen. Die Junge AfA organisierte die Veranstaltung im Haus der IG Metall Berlin, wo die jungen Gewerkschafter\_innen gemeinsam mit dem in Sachsen-Anhalt gebürtigen Gewerkschaftsfunktionär die Fragestellung „Welchen Wert hat Arbeit in Zeiten der Digitalisierung?“ diskutierte. Kutzner stellte klar, dass trotz des wachsenden Machtungleichgewichts zwischen Arbeitgeber\_innen und Arbeitnehmer\_innen durch die Digitalisierung sich die Gewerkschaften weiterhin mit einem starken politischen Gestaltungsanspruch engagieren müssen. Laut Kutzner würden Maßnahmen wie die Etablierung von tariflicher Bildungsteilzeit durch die IG Metall auch in Zukunft Beschäftigungsverhältnisse auf hohem Niveau sichern. Jedoch fehlen den Gewerkschaften bei Themen wie der Plattformökonomie bislang Strategien, wie die Organisation von Arbeitnehmer\_innen trotz des ausschließlich digital erfolgenden Austausches von Arbeitsleistung gelingen kann. Für Arbeitnehmer\_innen auf Plattformen ist das Ausüben von wirtschaftlichem Druck auf die Arbeitgeber\_innen schwierig, da keine klassischen betrieblichen Strukturen vorhanden sind, und die Austauschbarkeit der individuellen Arbeitskraft hoch ist.

Der Gewerkschafter erklärte die ablehnende Haltung der IG Metall zum bedingungslosen Grundeinkommen damit, dass der Verlust des Faktors Arbeit zur Entwertung von Menschen führen kann. Über den aktuellen Vorschlag zur Einführung eines solidarischen Grundeinkommens sollte weiter diskutiert werden. Dieses Konzept kann laut Kutzner eine Lösung für Menschen sein, die auf absehbare Zeit keine Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt haben.



In der Diskussion ging es auch um wichtige Themen wie Datenschutz, die Gefährdung durch psychische Erkrankungen durch die dauerhafte

digitale Erreichbarkeit, die steigende Rationalisierung von Arbeitsprozessen sowie die wachsende Anzahl prekär beschäftigter Soloselbständiger. Ralf Kutzner verdeutlichte die hohe Bedeutung von proaktiver Betriebsratsarbeit, um diese Herausforderungen bestehen, und die Qualität von Arbeit auch in Zukunft mitbestimmen zu können

Lukas Rohm

(Organisationsteam der Jungen AfA Berlin)

## Das Arbeitszeitgesetz in Deutschland wird in Frage gestellt - Welche Entwicklungen zeichnen sich ab, Herausforderungen an die SPD?

Die Afa Niederrhein hatte zur Diskussion am 4. Juni 2018 eingeladen. In der Einladung wurde die Situation beschrieben: „wir erleben, dass sich die Arbeitszeiten für viele von uns in den letzten Jahren drastisch verändert haben. Immer mehr Kolleg\*innen müssen am Wochenende und in den Abendstunden arbeiten. Das sogenannte „Home-Office“ nimmt zu. Der Überstundenberg wird nicht kleiner.

Gleichzeitig beklagen die Krankenkassen steigende Fallzahlen bei Erkrankungen, die auf die Situation in den Betrieben zurück zu führen sind, vor allem bei psychischen Erkrankungen.

Die Antworten, die im Arbeitsministerium der letzten Großen Koalition, entwickelt worden sind, kann man nicht nur positiv sehen. Andrea Nahles hat auf der Afa-Bundeskonferenz von dem Ziel der „selbstbestimmten Arbeit“ gesprochen, Hubertus Heil kündigte an, dass er keiner weiteren Flexibilisierung zustimmen würde, außer sie findet im Rahmen eines allgemeinverbindlichen erklärten Tarifvertrages statt.“

Der Afa-Regionalvorstand Niederrhein hatte Richard Rohnert, der bei der IGM NRW für die Koordination der Tarifpolitik in der Metall- und Elektroindustrie verantwortlich ist, zur Diskussion eingeladen. Er hat u.a. zu dem letzten IG Metall-Tarifabschluss 2018 Stellung genommen, den man im Rahmen der Arbeitszeitdebatte sehen müsse, die zur Zeit geführt wird. Dies gilt auch für die Diskussion zur Brückenteilzeit oder zu dem Weißbuch Arbeit, das Andrea Nahles in ihrer Zeit als Arbeitsministerin herausgegeben hat.

Kollege Rohnert erklärte, dass die Forderungen der IGM im diesjährigen Tarifkampf auf der Basis einer großräumigen

Befragung der Mitglieder entstanden sei. Die Befragung hätte ergeben, dass sich immer mehr Beschäftigte flexible Arbeitszeitmodelle wünschen, die z.B. familiäre Gegebenheiten

mehr berücksichtigen, als das bisher der Fall gewesen ist.

In den Tarifeinverständigungen mit den Arbeitgebern, die offensiv für eine Flexibilisierung der Arbeitszeit nach oben eintreten, gab es größere Konflikte bei den Arbeitszeiten als bei den Gehältern, wo eine Realloohnerhöhungen erkämpft werden konnte. Der Kampfwille der Kolleg\*innen drückte sich in der Ausweitung der Warnstreiks von 2 Stunden auf ganztägige Streiks aus.

Vereinbart wurde im Tarifabschluss, dass Beschäftigte ab 2019 ihre Wochenarbeitszeit auf zwei Jahre begrenzt von 35 auf 28 Stunden reduzieren können, bei entsprechender Lohnkürzung. Beschäftigte mit familiärer (Pflege von Eltern und Kindern) und beruflicher Belastung können ab 2019 die Tarifierhöhung monatlich in 8 freie Tage umwandeln, wobei – und das ist ein wichtiger Erfolg – die Arbeitszeitverkürzung im Volumen der zwei weiteren freien Arbeitstage vom Arbeitgeber bezahlt wird.

Kollege Rohnert wies daraufhin, dass die IGM dadurch nicht die Aufgaben des Staates für die Versorgung der Bevölkerung ersetzen wolle, sondern nur das Management der Probleme für die Kolleg\*innen erleichtern wolle.

Die folgende Diskussion machte sich vor allem an der Umsetzung des Tarifvertrages fest: wie wird die fehlende Arbeitszeit der Reduzierung von 35 auf 28 Stunden in den Betrieben aufgefangen? Beate Sieweke (Afa Regionalvorsitzende) berichtete aus den 80er Jahren, in denen die Arbeitszeit im Einzelhandel von 40 auf 37,5 Stunden reduziert wurde. Die erwünschte Schaffung von mehr Arbeitsplätzen wurde nur zu einem geringen Teil erreicht. Stattdessen wurde die Arbeit verdichtet.

Richard Rohnert wies auch darauf hin, dass es z.B. möglich wäre, dass durch Zeitverträge, Leiharbeit, Werkverträge die Reduzierung der Arbeitszeit ausgeglichen würde. Also Ausweitung prekärer Billigjobs? Neueinstellungen, so Kollege Rohnert, gebe es im „Idealfall“

Problematisch ist, dass mit dem Tarifabschluss eine Öffnung des Arbeitszeitvolumens nach oben möglich wird. So wies Annette Hülser, Betriebsrätin in einem metallverarbeitenden Betrieb, daraufhin, dass bereits jetzt, kurz nach dem Tarifabschluss, die Forderung nach Erhöhung der Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden angestiegen ist.



In diesem Zusammenhang erläuterte Richard Rohnert, dass bereits jetzt bei einer Quote von maximal 18 Prozent der Belegschaft 40-Stunden-Verträge vereinbart werden dürfen, in bestimmten Fällen, wie z. B. der Übernahme von Leiharbeitern, auch bei einer Quote von 30 bzw. 50%. Diese Regelungen wurden erweitert und in den Tarifvertrag übernommen.

Wie allerdings erst nach der Diskussion von einer Kollegin bemerkt wurde, feiert die Arbeitgeberseite vor allem den größeren Spielraum für die Flexibilisierung nach unten und nach oben. Der Anteil der Beschäftigten, die länger als 35 Stunden bis hin zu 40 Wochenstunden arbeiten, könne nun deutlich ausgeweitet werden

Von einem Betriebsrat aus dem Sicherheitsgewerbe wurde darauf hingewiesen, dass sich jemand mit einem kleinen Verdienst, wie z. B. prekär Beschäftigte, die Reduzierung der Arbeitszeit gar nicht leisten könne.

Ina Spanier-Oppermann, MdL und stellv. AfA Landesvorsitzende, nannte das Problem, dass nur 27% der Betriebe im Tarifvertrag seien. Es herrschte Einigkeit darüber, dass die Allgemeinverbindlichkeit dringend durchgesetzt werden muss..

Alle waren der Meinung, dass die Diskussion um die Folgen der Flexibilisierung der Arbeitszeiten in der nächsten Zeit sehr wichtig wird, da es ein neues Arbeitszeitgesetz geben soll. Grundlage für das neue Arbeitszeitgesetz ist das Weißbuch von Andrea Nahles in ihrer Zeit als Arbeitsministerin. Wie soll die AfA und die SPD auf die offensiven Angriffe antworten, mit denen Arbeitgeber den hart erkämpften gesetzlichen Acht-Studentag und die 40-Stundenwoche angehen?

Ünsal Baser, Mitglied des AfA-Regional- und des AfA- Landesvorstandsvorstands, schlug vor, dass die Diskussion weitergeführt werden soll. Der Vorschlag wurde einstimmig begrüßt. Es wurde beschlossen, dass eine entsprechende Veranstaltung für den Herbst geplant werden soll. Wenn möglich, soll eine oder ein Bundestagsabgeordnete\*r eingeladen werden.

Ingrid Schneider, stellvertretende AfA-Regionalvorsitzende und Vorsitzende der AfA Viersen, schlug vor, die Ergebnisse der Diskussion in die jeweiligen Gewerkschaften, in denen man aktiv ist, einzubringen.

Die AfA Region Niederrhein wird die Diskussion im Herbst fortführen.

Cansel Kiziltepe, MdB, AfA-Kreisvorstand

## Kein Hochgeschwindigkeitshandel mit Wohnraum!

Auf dem deutschen Immobilienmarkt gibt es ein Problem. Wenn die Nachbarin von nebenan eine Eigentumswohnung kaufen möchte, muss sie dafür die Grunderwerbssteuer berappen. Wenn große Finanzinvestoren hingegen ganze Häuserreihen am Stück kaufen, wird die Steuer nur selten fällig.

Grund dafür: Mit dem richtigen Firmengeflecht lässt sich die Steuer einfach vermeiden.



Kern des Problems ist die sogenannte Share-Deal Regel. Ursprünglich wollte der Gesetzgeber dabei verhindern, dass bei Übernahmen von Firmen die Grunderwerbssteuer fällig wird. Mittlerweile hat die Immobilienbranche die Regel jedoch für sich entdeckt. Ein Blick auf größere Immobiliendeals zeigt, wie gerne von der Ausnahme Gebrauch gemacht wird. Alleine im Fall des Berliner Sony Centers am Potsdamer Platz, das im Oktober 2017 für 1,1 Milliarden Euro den Besitzer wechselte, entgingen dem Land Berlin schätzungsweise ca. 66 Millionen Euro. Deutschlandweit, so schätzt das Hessische Finanzministerium, liegt der Steuerausfall bei bis zu einer Milliarde Euro im Jahr.

Im Grunde ist die Steuer antispekulativ. Sie sollte - theoretisch - bei jedem Kauf eines Grundstückes fällig werden. Der reine Kauf und Verkauf von Grund und Boden wird damit unattraktiv, denn Wertsteigerungen können nicht im vollen Umfang abgegriffen werden. Mit anderen Worten: Die Steuer fördert das längere Halten von Grundstücken und Immobilien. Statt auf den steigenden Wert zu spekulieren, setzt sie Anreize Wohnraum zu bauen oder bestehende Gebäude zu verbessern. Ein Verhalten also, das wir in den immer hitziger werdenden Immobili-



### *Fortsetzung Cansel Kiziltepe*

lienmärkten der deutschen Großstädte zunehmend vermissen.

Genutzt werden Share-Deals insbesondere von professionellen Investoren. Für Privatpersonen, die sich ihren Wunsch nach einem sicheren Eigenheim erfüllen wollen, lohnen sich die Modelle nicht. Sie müssten dafür extra eine Firma gründen, die ihr Haus verwaltet und sich mit der jährlichen Bürokratie rumschlagen. Die Großen hingegen können auf Grund von Share-Deals ungehemmt Millionen Gewinne einkassieren. In vielen deutschen Großstädten wechseln manche Immobilien ihre Besitzer mittlerweile so schnell wie andere ihre Kleider.

Durch Share-Deals geht nicht nur ein wichtiger finanzieller Beitrag zur Gemeinschaft verloren. Kommunen verlieren auch ihre Möglichkeiten Einfluss zu nehmen. Denn anders als bei regulären Immobilientransaktionen landen die Deals nicht auf dem Tisch der regionalen Verwaltung. Oft wissen die Stadtoberhäupter gar nicht mehr, wer gerade was in ihrem Sprengel kauft und verkauft. Bei großen Deals erfahren sie oft nur aus der Presse davon und das erst nachdem der Verkauf schon unter Dach und Fach ist. Instrumente, wie das Vorkaufsrecht von Kommunen in Milieuschutzgebieten, werden dadurch wirkungslos.

Eins ist klar: So kann es nicht weiter gehen. Wenn Steuerschlupflöcher so offensichtlich sind und die Politik nicht handelt, dann verliert sie ihre Glaubwürdigkeit. Deswegen müssen wir jetzt voran gehen und konkrete Maßnahmen treffen. Wir dürfen uns dabei nicht von der Immobilienbranche aufhalten lassen! Je lauter die potenziellen Gewinner der Spekulation protestieren, desto größer ist offenbar der Handlungsbedarf und desto wirksamer der Vorschlag.

Doch die Nutznießer der Share-Deals bringen sich schon in Stellungen. Ein prominentes Argument: Das Schließen des Schlupfloches wird zu einem Preisanstieg bei Wohnungen führen und damit die Situation auf dem Wohnungsmarkt weiter verschärfen. Durch Share-Deals können Immobilien günstiger erworben und zu einem niedrigeren Preis angeboten werden.

Davon dürfen wir uns nicht täuschen lassen! Der Druck auf die Miete entsteht erst durch den Handel mit den Gebäuden. Mit jedem Weiterverkauf steigen auch die erzielten Preise und damit der Druck,

das Geld mit der Immobilie wieder zu erwirtschaften. Zeitweise gelingt das allein mit dem Anstieg der Bodenwerte. Aber es ist schon absehbar, dass schon bald die Nutzer der Gebäude zur Kasse gebeten werden. Der Handel mit Immobilien hat das unausweichlich zur Folge. Wenn die Besitzer von Immobilien wegen der Grunderwerbsteuer hingegen angehalten sind, die Immobilien länger zu halten, dann reduziert sich dieser Druck.

Deswegen dürfen wir uns auch keine Illusion machen, dass eine Eindämmung der Share-Deals zu gigantischen neuen Steuereinnahmen führt. In vielen Fällen würden Immobiliendeals nicht mehr zu Stande kommen, weil sich die Spekulation nicht mehr lohnt. Und das ist gut so, denn es kommt den Mietern – sowohl Personen als auch Firmen – zugute. Die steigenden Mieten dürfen nicht weiter die Einkommen auffressen und die Geschäfte von Unternehmen erdrosseln.



Dicht umlagert, der Stand der AfA Berlin am  
am 1. Mai

## Erneuerung der SPD

Der folgende Text wurde zur Klausurtagung des Kreisvorstand der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf geschickt.

(...) Als AfA sehen wir uns in der besonderen Verantwortung, den Forderungen und Interessen der Arbeitnehmer\*innen in unserer Partei eine Stimme zu geben.

Der DGB hat in seinem Aufruf zum 1. Mai folgende Forderungen genannt, die heute zweifellos für die Arbeitnehmer\*innen in aller Dringlichkeit auf der Tagesordnung stehen:

- Niedriglöhne, Mini- und Midijobs sind keine Perspektive für die Zukunft: Schluss damit! Sie gehören abgeschafft, nicht ausgeweitet!
- Überstunden und Überlastung im öffentlichen Dienst gehören abgeschafft! Wir fordern mehr Personal!
- Arbeitgeber, die aus der Tarifbindung flüchten, verweigern gerechte Löhne. Verboten es!
- Investiert endlich in bessere Bildung und Infrastruktur. Sofort!

In der politischen Vertretung dieser Forderungen sehen wir eine elementare Aufgabe der SPD.

Sie konzentrieren den Willen der gesellschaftlichen Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung und Jugend nach dem Schutz anständiger Löhne und Arbeitsbedingungen! Dass endlich Schluss gemacht wird mit der Agenda-Politik des Kaputtsparens, und der Zersetzung der Flächentarifverträge – im Interesse der Profite der Banken und Konzerne.

Für diese Forderungen sind die Kolleg\*innen immer wieder in die Aktion getreten:

- In vielen Krankenhäusern bundesweit haben Kolleg\*innen mit ihren Gewerkschaften für mehr Personal gekämpft. So auch hier in Berlin bei Vivantes und in der Charité
- Immer mehr Beschäftigte erheben sich gegen ihre Auslieferung an prekäre und rechtlose Billigjobs. In Berlin haben Kolleg\*innen aus vielen Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge, um ihren vielen Kämpfen und Streiks gemeinsam und kraftvoll Ausdruck zu geben, einen Aktionstag am 4. Mai durchgeführt: „Schluss mit prekärer Arbeit - TVÖD / TV-L für Alle!“

Im Zentrum stehen die Hartz-Gesetze. Sie haben die Schaffung eines breiten Niedriglohnsektors, die Ausweitung prekärer Arbeit gefördert, sowie die Flucht

aus den (Flächen-) Tarifverträgen. Die Zumutbarkeitsregel in den Hartz Gesetzen, d.h. jede Arbeit muss angenommen werden, verbunden mit Sanktionen, hat in Deutschland nachhaltig die Situation der Arbeitnehmer\*innen verschlechtert und viele Arbeitnehmer\*innen zu rechtlosen Lohnslaven gemacht.

Angesichts des skandalösen Vorgehens der Unternehmensleitung der Post, Festanstellungen von Krankheitstage abhängig zu machen, hat Bundesfinanzminister Scholz (SPD) angekündigt, den Einfluss des Bundes für eine Änderung der Kriterien zu nutzen. Doch bleiben das Leerformeln, wenn Olaf Scholz sich gleichzeitig dazu bekennt, an den Hartz-Gesetzen festzuhalten. Ein wirklicher Schritt hin zur Erneuerung verlangt die Aufhebung eben dieser Hartz-Gesetze und damit auch des Arbeitsüberlassungsgesetzes, das es Unternehmen erlaubt, einen befristeten Arbeitsvertrag an den anderen zu hängen.

Notwendig sind überzeugende Maßnahmen für die Wiederherstellung und die Verteidigung der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Das drückt sich aus

- in der Schaffung von ausreichenden Stellen für mehr Personal, z.B. in den Krankenhäusern, in den Schulen, Kitas, im ÖPNV, in den Verwaltungen und Dienststellen:
- in der Abschaffung von prekärer Arbeit und der Rückführung der Beschäftigten in ausgegliederten Einrichtungen und Betrieben unter Landesverantwortung in die Tarifvertragssysteme des öffentlichen Dienstes, auf der Basis von gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Letztlich in der Aufhebung und Unterbindung von weiterem Outsourcing in öffentlichen Einrichtungen und Betrieben mit lediglich dem Ziel, sich aus Tarifbindungen zu lösen. (s. Berliner Koalitionsvertrag)
- in den dringend erforderlichen Investitionen in die öffentliche und soziale Infrastruktur und im Abbau des nicht mit Ziffern zu erfassenden Investitionsstaus. Keine Finanzierung über ÖPP-Projekte;
- Endlich ausreichende Finanzierung der Bildung! Saniert die Schulen, baut neue Schulen, sofort, statt nach Möglichkeiten zur Umgehung der



Fortsetzung AfA Charlottenburg-Wilmersdorf:

Schuldenbremse über eine Verlagerung von Sanierungs- bzw. Neubaumaßnahmen von Schulen in privatrechtlich organisierte Gesellschaften zu suchen und damit die 1. Stufe einer der größten Privatisierungsvorhaben einzuleiten.

Solche Maßnahmen mit dem Ziel einer wirklichen inhaltlichen Erneuerung sozialdemokratischer Politik im Land Berlin darf nicht an der Schuldenbremse und schwarzen Null scheitern.

Von dem SPD-geführten rot-rot-grünen Berliner Senat muss ein Signal ausgehen: für einen Wechsel der politischen Ausrichtung der Partei hin auf die konsequente Interessensvertretung der Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung und Jugend und der Demokratie.

Dazu gehört, sehr schnell und praktisch dafür zu handeln.

So ist es völlig unverständlich,

- dass eine Mahnwache der Feuerwehrleute erst nach mehr als 5 Wochen mit einem halbherzigen Kompromiss beendet wurde,
- dass nach 40 Tagen Streik ein mehr als dreijähriger Tarifikampf bei der Vivantes Tochter VSG immer noch nicht beendet wurde,<sup>(1)</sup>
- dass sich das Abgeordnetenhaus nicht mit der geplanten Schulbauoffensive befasst, trotz der von Gewerkschaften und vielen BürgerInnen geäußerten Sorge, dass damit ein Weg hin zur Privatisierung der Schulen geöffnet werden kann.

Das tagtägliche Handeln in diesem Sinne entscheidet über die Zukunft der SPD.

Noch so gut gemeinte organisatorische „Umstrukturierungen“ werden nicht helfen. Wir brauchen ein konsequentes Handeln der SPD in diesem Sinne.

Beschluss vom 22.5.2018

Anmerkung 1:

Der Streik der Vivantes Tochter VSG wurde nach 51 Tagen mit der Unterzeichnung eines Eckpunktepapiers beendet, das sich an der Angleichung am TVöD orientiert.



Bettina König, MdA Berlin, AfA-Kreisvorstand

## Befristungen und Bezahlung bei den Töchterunternehmen von Vivantes

In dieser gemeinsamen Anfrage mit Lars Düsterhöft ging es mir um einen Überblick der Mitarbeiterstellen bei den Töchterunternehmen und wie viele dieser Mitarbeiter nach TVöD bezahlt werden. Klares Fazit: Der TVöD findet (leider) nur bei der Vivantes Forum für Senioren GmbH Anwendung, da hier im Rahmen eines Betriebsübergangs 2008 eine entsprechende tarifvertragliche Regelung zur Anwendung des TVöD auf diese Beschäftigungsverhältnisse erfolgte.

Die Senatsverwaltung bestätigt zwar, dass auch mit den bisher nicht tarifgebundenen Tochterunternehmen der Vivantes Tarifverträge mit dem Ziel der Angleichung an den TVöD abgeschlossen werden sollen. Die Senatsverwaltung stellt diese Angleichung aber direkt unter einen Finanzierungsvorbehalt – es müsse sichergestellt werden, dass diese höheren Kosten über Vivantes auch gedeckt werden können.

Der Anteil der sachgrundlosen Befristungen ist einfach erschreckend: 572,8 von 624,3 befristeten Vollbeschäftigten-äquivalenten sind sachgrundlos befristet – und das über alle Töchterunternehmen hinweg! Insgesamt liegt der Anteil der befristeten Stellen bei knapp 23%.

(Erst) am 20.12.2017 wurde die Geschäftsführung von Vivantes über den am 30.11.2017 gefassten Beschluss des Abgeordnetenhauses informiert. „Die Geschäftsführung wurde gebeten, diesen Beschluss ab sofort zu berücksichtigen und zu gewährleisten, dass auf den Abschluss von befristeten Arbeitsverträgen ohne sachlichen Grund in den Unternehmen mit Beteiligung des Landes Berlin künftig verzichtet wird.“

Ich werde in den nächsten Monaten noch einmal überprüfen, ob dieser Grundsatz seitdem auch konsequent angewandt wird.

Die vollständige Anfrage (samt einer genaueren Aufschlüsselung der Positionen in den einzelnen Tochterunternehmen) vom 14. März 2018 finden Sie hier: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-13758.pdf>

